

Viel ist passiert – die Frage lautet: war es das schon?

Bergfest beim OB! – Statt frohem Fest mit reinem Bier, schmeckt die Bilanz schon ein wenig verwässert und eher nur nach Schorle. – Freilich tut sich was in Trier, selbst wenn keine „Leuchtturmprojekte“ aus dem Boden gestampft werden können. Aber auch das ist nur eine Frage der jeweiligen (wirtschafts-politischen) Perspektive: Manche mögen ‚Schorle‘, andere eben nur Bier. – Offensichtlich sind die goldenen Zeiten vorbei. Politische Gründe dafür gibt es viele und auch solche, die nicht in die persönliche Verantwortung des obersten Verwaltungschefs fallen. Hier wird man genauer differenzieren müssen und nicht alles über einen einzigen Kamm scheren dürfen.

Dass – wie der Oberbürgermeister Jensen in der Rathauszeitung (05.04.11) feststellt – in den letzten vier Jahren 180 Millionen Euro in Trier investiert wurden, sagt leider noch nicht viel darüber aus, was mit diesem Geld letztlich an bleibenden Werten für die Stadt geschaffen worden ist. Geld im Allgemeinen hat es wesentlich an sich, ausgegeben zu werden, sonst verliert es seinen besonderen Sinn als kapitalistischer Wirtschaftsmotor. (Siehe dazu die Freigeldlehre von Silvio Gesell).

Tatsächlich aber hat der OB zusammen mit der Verwaltung und dem Stadtrat einen Schwerpunkt neben anderen im Bereich der Schulen gesetzt. Unter seiner Regie entstand die erste (!) Integrierte Gesamtschule in Trier, die unter anderer politischer Herrschaft noch länger hätte auf sich warten lassen.

Zweifellos engagiert sich der OB auch in Bezug auf die Energieversorgung durch die Stadtwerke Trier als Aufsichtsratschef insbesondere. Hier – so meine ich – hat er die größten und auch die bisher nachhaltigsten Erfolge zu verzeichnen. Ich kann mir gut vorstellen, dass seine große Motivation in diesem Bereich auch daher rührt, dass ausgerechnet zu Beginn seiner Amtszeit ein aus seiner Sicht fatales Zeichen durch den damaligen Stadtrat gesetzt wurde: Die Investition in das Kohlekraftwerk Hamm. – Das ärgert bis heute nicht nur den OB, sondern auch viele Bürger/innen, selbst wenn sich dieses Geld aus heutiger Sicht wieder rechnen sollte, so doch nur aufgrund des tragischen Umstandes des 11.03.11 in Japan – und dies zeigt daher nur wie zynisch rein betriebswirtschaftliches Kalkulieren vor sich geht. Vor diesem Hintergrund zeichnet es den OB persönlich aus, wenn er in der Rathauszeitung ausdrücklich feststellt, dass „wir nicht erst die Katastrophe in Japan erleben mussten, um zu wissen, dass wir generell umsteuern müssen“ (RZ, 05.04.11). Dieses Wissen muss umgesetzt werden, und zwar nicht nur im Energiebereich oder im Sozialwohnungsbau, sondern noch konsequenter im Verkehrsbereich, der unter dem zunehmenden motorisierten Individualverkehr in Trier vergiftet zu werden scheint.

Freilich lässt sich das Verkehrsproblem in Trier nicht von heute auf morgen lösen. Jedoch können jederzeit richtige Entscheidungen auf den Weg gebracht werden. Denn das zeichnet ethische oder tugendhafte und insofern auch politische Handlungsentscheidungen aus, nämlich dass sie immer „eythys“ (Jesus), d.h. „sofort“ in ihren Wirkungen zum Besseren hin in die Wirklichkeit verändernd eingreifen. Mit anderen Worten: revolutionär! Mit diesem Anspruch trat auch der OB seine Amtsgeschäfte an: Mehr und besseren ÖPNV, Neuauflagen der Regionalbahn und ihrer Haltestellen, das Radfahren in der Trierer Stadt zu ermöglichen und nicht nur am Moselufer, etc. – Allein hier sieht man schon, wo der Schuh faktisch drückt: Nicht von ungefähr hat der von der Stadt Trier beauftragte Verkehrsplaner Dr. Erler-Huber unlängst bei der Vorstellung seiner Berechnung der auftretenden Verkehrsströme durch den Bau der West- und Nordumfahrungen von Trier im Dezernatsausschuss IV gesagt: „Verschiedene Verkehrsprobleme lassen sich nur dadurch lösen, dass neue Straßen gebaut werden, die den Verkehr umleiten.“ Dennoch werden keine Akzente, weder vom OB noch von der

Verwaltung, gesetzt, um eine Lösung der Verkehrsproblematik beispielsweise in Altkürenz voranzutreiben, was immerhin von dem alten Baudezernenten Herrn Dietze rein verbal noch vorangetrieben wurde. Davon auszugehen, dass die Erbauung des Petrisbergaufstiegs - wohlmöglich noch als „Gondelvariante“ - diese Probleme löse, scheinen eher einen gewissen Realitätsverlust zu bekunden. Der Petrisbergaufstieg würde sich nur dann wirtschafts- und verkehrspolitisch rechnen, wenn die Höhenstadtbewohner/innen gleichzeitig davon abgehalten würden, weiterhin ihr Auto – wie bisher-, statt einen ÖPNV-Bus zu benutzen. Offensichtlich ist der Busverkehr in Trier viel zu unattraktiv (-oder viel zu teuer)! - Hier aber müsste der OB mit eigenen Vorschlägen ansetzen. Eine Möglichkeit wäre ein „ÖPNV- Nulltarif für alle“ in Trier. Ein „Nulltarif“ würde sich – wie schon im belgischen Hasselt – genauso in Trier durch eine Umlagefinanzierung problemlos realisieren lassen. Beim Semerstticket der Studenten/innen in Trier klappt das schon seit Jahren. Es wäre zudem ein „Leuchtturmprojekt“ für Trier, das bleibenden Wert besäße. – Alles andere bleibt politischer Schnickschnack, zumal dann, wenn vier Jahre schon vertan wurden (ohne Vorlaufzeiten gerechnet).

Ob das Wahlkampfprojekt „Stadt am Fluss“ jemals wird vorangetrieben werden können, ist eine Entscheidung, die nicht alleine in der Macht des OB steht. Vielmehr werden hier potente Investoren gesucht, wie in Bezug auf so viele andere Projekte in Trier: Sehr gute Visionen, über die man lange fraktionspolitisch Reden kann. – Freilich geht es nicht an, wenn der Landesrechnungshof die Südbadsanierung in seinem jüngsten Bericht kritisiert und hier mit anderen Zahlen operiert, die den Kalkulationen der Stadt Trier nicht nur widersprechen, sondern darüber hinaus von gänzlich anderen Fakten auszugehen scheinen. – Dies ist darum besonders misslich, weil die Stadt Trier gerne noch weitere PPP-Projekte in Zusammenarbeit mit privaten Investoren tätigen will. Insbesondere auf den Bau einer neuen Feuerwehrröhre in Ehrang sei hier verwiesen, aber auch auf die Komplettisanierung des Trierer Theaters in der Innenstadt. – Nur aus Rücksicht auf einen Wirtschaftsdezernenten, der von der FDP in den Stadtvorstand geschickt wurde, sollte diese Form der Finanzierung nicht ohne weiteres präferiert werden, weder vom Stadtvorstand noch vom Stadtrat. Vielmehr muss mit großem Druck darauf hingewirkt werden, dass das Land und auch der Bund die Kommunen wieder in die Lage versetzt, eigenständig Haushalten zu können und nicht nur in großer Not PPP-Projekte zu finanzieren, die in der Summe ebenfalls zu langen Bindungen im Finanzhaushalt der Stadt führen, wodurch der eigene finanzielle Handlungsspielraum ebenso sehr auf lange Sicht eingeschränkt wird und auch bleibt.

Der Bürgerhaushalt wurde unter OB Jensen eingeführt. Das ist eine rundum gute Sache. Leider werden hier auf politischer Ebene Unterschiede gesetzt, die ich selber als äußerst undemokratisch empfinde, obwohl sie rechtstaatlich wohl nicht zu hinterfragen sind. Schon Bärbel Bohlei wußte vor zwanzig Jahren den Unterschied zwischen Gerechtigkeit und dem Rechtsstaat zu beklagen. Insofern bedauerte auch OB Jensen ausdrücklich meinen Ausschluss von den Online-Kommentierungen des Bürgerhaushaltes, der aufgrund meines Verlustes des Fraktionsstatus in der Partei Die Linke zustande kam. – Wie man mir bei meinem Bemühen, weiterhin eine ordentliche Politik für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Trier zu machen, von Seiten der Verwaltung entgegen kommen könne, blieb aber von Seiten des OB bis heute offen. Die letzten Entscheidungen des Stadtrates zeigen zumindest, dass die anderen Kolleginnen und Kollegen im Rat entweder die Situation nicht verstanden haben oder sie bewußt politisch ausnützen, um Konkurrenten von Entscheidungsfindungsprozessen im Rat auszugrenzen, statt sich einer politischen Diskussion auf Ebene der Inhalte fair zu stellen. Hier erwarte ich mir vom OB eingehende Unterstützung, meinem politischen Mandat im Rat der Stadt Trier uneingeschränkt nachkommen zu können. – Was zählt, sind auch hier die Taten, die missliche

Situationen verändern (vgl. Karl Marx). Immerhin: Eine Einladung zu einem persönlichen Gespräch ins Rathaus hat mir der OB bei einem Telefonat schon zugesagt.

Großen Wert legt der OB auf den Beitritt der Stadt Trier zu dem geplanten ‚Entschuldungsfond‘ des Landes RLP. Problematisch an diesem Schritt sind jedoch die sich mit dem Beitritt ergebenden „Sachzwänge“, die von Mainz aus vorgeben und von der ADD-Trier peinlich überwacht werden. Ob dies für die Stadt Trier empfehlenswert ist, muss allererst abgewogen werden. Denn klar ist allemal, dass eine autonome kommunale Stadtentwicklung an den Finanzvorgaben von Seiten des Landes und der ADD noch mehr Einschränkungen als jetzt ohnehin schon erleiden wird. Erinnerung sei nur an die ‚Antikenfestspiele‘ oder an das Aus für die ‚Eislaufhalle‘ in Trier. Das Scheitern dieser beiden Projekte bedauert auch der OB nach eigenen Bekundungen. Besser wird die Situation mit einem möglichen Beitritt zum Entschuldungsfond aber nicht. Lediglich die Kreditinstitute und Banken dürfen sich einer Rückzahlung von insgesamt ca. 127 Millionen Euro Schulden erfreuen, die die Stadt Trier dann weniger bei ihnen in der Kreide steht. Der Preis dafür ist hoch, denn die sog. „Eigenleistungen“ der Stadt Trier müssen vom Stadtrat auf ein Minimum zurückgefahren werden – worauf die ADD schon jetzt zunehmend sehr genau im Verbund mit der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) achtet -, was einen enormen Lebensqualitätsverlust für die Bürger/innen zur Folge hat. – Dass dies aber auch anderes geht, zeigen zahlreiche Städte in NRW, die sich „im Nothaushaltsrecht einrichten, [und] keine Kürzungen bei bestehenden Einrichtungen und Aufgaben vornehmen [...]“, so Lars Holtkamp in seinem Artikel „Kommunale Haushaltspolitik bei leeren Kassen“ (APuZ, Febr. 2001, S. 18). Der Vorteil dieser Strategie, die ich bei den nächsten Haushaltsberatungen im Stadtrat Ende des Jahres einbringen werde, liegt auf der Hand: Es gelingt mit dieser Strategie nämlich immer häufiger, diejenigen legitimen Interessen von Bürger/innen durchzusetzen, die ansonsten wegrationalisiert werden würden – wie z.B. die Eissporthalle in Trier. Auf der anderen Seite fällt es nämlich immer leichter, den Sparwillen der Verwaltung in Zweifel zu ziehen oder gar zu widerlegen, wenn man z.B. nur auf die Nachtragshaushalte der Stadt sieht, die von der ADD im Nachhinein dennoch genehmigt werden. – So alternativlos, wie es der OB darstellt, sind die Möglichkeiten für die Stadt Trier nicht. – Dem Beitritt zum „Entschuldungsfond“ des Landes steht auch ein von den Linken geforderter genereller „Schuldenerlass“ gegenüber, der ohne weitere Sachzwänge für die Kommunen auskäme, indem er da kürzte, wo Gelder bisweilen von Banken schamlos „verzockt“ wurden.

Insofern gilt es weiterhin, die von der ADD zeitweilig geforderte Veräußerung von Immobilien und Grundstücken, die sich im Eigentum der Stadt Trier befinden, zur bloßen Haushaltskonsolidierung zu stoppen. Nur unterstützen kann man daher den OB in seinem Bemühen, wenn er fordert: „Bezahlbarer Wohnraum ist deshalb in den nächsten Jahren ein ganz wichtiger Schwerpunkt für die Weiterentwicklung der Stadt“ (RZ, 05.04.11). Allein damit ist es nicht genug, denn auch bezahlbare Strom- und Heizungskosten gehören zur Daseinsvorsorge einer Stadt für ihre Bürger/innen und damit zum politischen Schwerpunkt eines „bezahlbaren Wohnraums“ in Trier, den der OB herstellen will. Hier sind zudem die Stadtwerke gefordert, die ihre Strom- und Energiepreise in Zukunft nicht einfach erhöhen oder dem Marktpreis „anpassen“ können, weil zugleich regenerative Energiegewinnungen durch die SWT ausgebaut werden müssen. Es sind aber auch die bisweilen nur privatwirtschaftlich denken Investitionsfirmen im Wohnungsbau gefordert, bei denen ja ebenfalls zahlreiche Stadtratsmitglieder in den Aufsichtsräten sitzen, bei anfallenden Konversionsgebieten beispielsweise nicht nur die schnellen Gewinn bringenden „Filetstücken“ zu entwickeln und zu verkaufen, sondern auch die gerne ausgeklammerten sozialen Brennpunkte und Wohngebiete zeitnah mit zu sanieren und

nicht nur der Stadt selbst zu überlassen. Ein besonderes Augenmerk liegt derzeit auf dem Konversionsgebiet in Feyen.

„Und wenn da nicht Gerechtigkeit ein Orientierungsmaßstab ist, kann man keine gute Kommunalpolitik machen“ (RZ, 05.04.11), sinnierte der OB unlängst weise in der Rathauszeitung. – Hier wird man ihm uneingeschränkt zustimmen können – und ihm persönlich alles Gute wünschen, damit die Ziele für die Stadt Trier - im besten Fall mit sehr viel Zustimmung – umgesetzt werden können. - Wann? „Eythys“!

Johannes Verbeek

Trier, den 18.04.11